
PRESSEMITTEILUNG

BEITEN BURKHARDT berät Mérieux NutriSciences beim Erwerb des Instituts Kirchhoff Berlin

Frankfurt am Main, 24. Mai 2019 – Die internationale Wirtschaftskanzlei BEITEN BURKHARDT hat Mérieux NutriSciences bei dem Erwerb aller Anteile an der Institut Kirchhoff Berlin GmbH beraten. Über das Transaktionsvolumen haben die Parteien Stillschweigen vereinbart.

Mérieux NutriSciences ist ein Dienstleistungsunternehmen mit Sitz in Chicago und eine Tochtergesellschaft des Institut Mérieux. Das Unternehmen ist auf die Analyse und Beratung in allen Fragen rund um die Sicherheit und Qualität von Produkten, die sich auf die Gesundheit der Verbraucher auswirken, spezialisiert und beschäftigt 7000 Mitarbeiter in 22 Ländern.

Das Lebensmittellabor Institut Kirchhoff Berlin GmbH führt mit Hilfe hochwertiger chemischer, physikalischer, molekularbiologischer und mikrobiologischer Techniken mit modernsten Analysegeräten Studien für die Lebensmittelindustrie durch.

Berater Mérieux NutriSciences:

BEITEN BURKHARDT: Die Partner Dr. Detlef Koch und Dr. Gesine von der Groeben (beide Federführung), Dr. Mario Riechmann (alle Corporate/M&A), Dr. Andreas Lober (IP/IT), Friedrich Munding (Real Estate), André Suttorp (Steuern), Christopher Theis (Öffentliches Wirtschaftsrecht), Angela Schilling, Dr. Gerald Peter Müller-Machwirth (beide Arbeitsrecht, alle Frankfurt am Main), Philipp Cotta (München) und Jan Christian Eggers (Hamburg, beide Kartellrecht).

KONTAKT

Dr. Gesine von der Groeben

Tel.: +49 69 75 60 95 – 408

E-Mail: Gesine.vonderGroeben@bblaw.com

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frauke Reuther

Tel.: +49 69 75 60 95 – 570

E-Mail: Frauke.Reuther@bblaw.com

Informationen zu BEITEN BURKHARDT

- BEITEN BURKHARDT ist eine unabhängige internationale Wirtschaftskanzlei mit einem fokussierten Beratungsangebot und rund 300 Anwälten an neun Standorten.
- Mit unserer langjährigen Präsenz in Deutschland, Brüssel, China und Russland beraten wir den Mittelstand, Großunternehmen und Konzerne unterschiedlichster Wirtschaftszweige sowie Banken und die öffentliche Hand.